

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaus Grehn,
Dr. Heidi Knake-Werner, Rolf Kutzmutz, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/2332 –**

Zukunft der Gröditzter Stahlarbeiter

Im Frühjahr 1997 übernahm nach einer internationalen Ausschreibung die Georgsmarienhütte GmbH die Gröditzter Stahlwerke GmbH. Das Ergebnis waren Umsatzerhöhungen, Absatzsteigerungen und erstmals 1998 ein positives Betriebsergebnis.

Im Herbst 1998 kam dann die Überraschung. Die EU-Kommission entschied, dass die Beihilfen von Treuhand und Freistaat Sachsen durch die Gröditzter Stahlwerke zurückzuzahlen sind. Obwohl aus Sicht der Gröditzter Stahlwerke die Begründungen dafür unhaltbar sind, traf Brüssel Anfang Juli 1999 diese Entscheidung, und die Gröditzter Stahlwerke müssen die Beihilfen in Höhe von 240 Millionen DM zurückzahlen.

Am 17. September 1999 wurde für die Gröditzter Stahlwerke GmbH die Insolvenz beantragt.

Für Gröditz und die Region, die bereits eine Arbeitslosenquote von mehr als 20 % aufweist, sind damit weitere Arbeits- und Ausbildungsplätze bedroht. Dr. Kübler wurde durch das zuständige Amtsgericht als vorläufiger Insolvenzverwalter eingesetzt. Er hat den Auftrag, ein Gutachten zu erstellen, aus dem sich für das Gericht die sachlichen Hintergründe für den Antrag ergeben und soweit möglich, Vorschläge für die weitere Verfahrensweise zu unterbreiten.

Dieses Gutachten sollte bis zum 20. November 1999 vorliegen.

Inzwischen wurde offensichtlich Antrag auf Terminverlängerung gestellt. Eine Unterrichtung der Betriebsangehörigen findet nicht statt. Damit werden Zehntausende Menschen der Region Nordost-Sachsen weiterhin im Ungewissen über ihre soziale Existenz und ihre persönliche Zukunft gelassen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 28. Dezember 1999 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Wie ist der Stand des Insolvenzverfahrens der Gröditzer Stahlwerke?

Für die Gröditzer Stahlwerke GmbH (GSW) wurde die Insolvenz beantragt und Dr. Kübler vom zuständigen Amtsgericht als vorläufiger Verwalter eingesetzt. Auch aufgrund der zu klärenden schwierigen Rechtsfragen steht das Gutachten von Dr. Kübler noch aus. Die Bundesregierung geht davon aus, dass nach Vorlage dieses Gutachtens das Insolvenzverfahren für die GSW im 1. Quartal 2000 eröffnet wird.

2. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob die zwei Töchter der Gröditzer Stahlwerke – die Edelstahl Gröditz GmbH und Stahlwerk Gröditz GmbH - in die Liquidation einbezogen werden sollen?
3. Hat die Bundesregierung gegen die etwaige Einbeziehung der Tochtergesellschaften des Mutterwerkes in das Insolvenzverfahren interveniert?

Wenn ja, welche Ergebnisse liegen nach einer solchen Intervention vor?

4. Welche Position bezieht die Bundesregierung zum Stand des Verfahrens?
5. Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu unternehmen, dass bei einer Schließung des gesamten Werkes die Arbeitslosigkeit in der Stadt Gröditz und der Region enorm ansteigen würde, um im Rahmen des Verfahrens die Arbeitsplätze des wichtigsten Unternehmens der Region zu sichern?

Inwieweit die Verpflichtung zur Rückzahlung der von der Europäischen Kommission als rechtswidrige Beihilfe qualifizierten Leistungen zu einer Insolvenz auch der Tochtergesellschaften führt, ist noch nicht abschließend geklärt.

Unabhängig davon, ob hinsichtlich der Tochtergesellschaften gesonderte Insolvenzverfahren eingeleitet werden, will der Insolvenzverwalter der GSW als Herr des Verfahrens nunmehr die operativen Geschäftsbetriebe am Standort Gröditz in einem offenen Verfahren am Markt anbieten.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass mit der Veräußerung der operativen Geschäftsbetriebe im größtmöglichen Umfang auch Arbeitsplätze in der Region Gröditz erhalten werden können.

Nachdem am 16. Dezember 1999 eine Aufsichtsratssitzung der GSW stattgefunden hat, in der Dr. Kübler über den Stand des Verfahrens berichtet hat, ist zur Information der Mitarbeiter der GSW am 22. Dezember 1999 eine Betriebsversammlung in Gröditz vorgesehen.